

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

gelassen oder in landwirtschaftliche und gewerbliche Schulen umgewandelt werden.

Die Auflassung überflüssiger Beamtenstellen und überflüssiger Ämter erfordert, wie erwähnt, keine Änderungen im inneren Dienste unseres Verwaltungsapparates, ermöglicht es aber, durch eine Reihe von Jahren, keine neuen Kräfte in den

doch in den zwanzig Jahren von 1893 auf 1913 die Ausgaben gestiegen für politische Verwaltung in den Kronländern von 12.2 auf 24.6 Millionen Kronen, für Finanzverwaltung von 42 auf 105.8 Millionen Kronen, für Justiz von 43.6 auf 97.3 Millionen Kronen, das ergibt eine Steigerung von 100 bis 150% bei einer Volksvermehrung von 16%.

Die oft, aber immer vergeblich ausgesprochene Forderung nach einer sparsamen Wirtschaft in der Verwaltung ist nunmehr zur unabwieslichen und unverschiebbaren Notwendigkeit geworden. Wir werden also mit weniger Beamten auskommen müssen als bisher, wir werden aber auch nicht hochqualifizierte Beamte mit Mittel- und Hochschulbildung auf Posten stellen, für welche eine solche Vorbildung mit Rücksicht auf die Natur des Dienstes überflüssig ist. Aber auch für diese Posten erstehen in den Invaliden so zahlreiche Anwärter, daß die Absolvierung einer Mittelschule nicht mehr wie bisher eine Art von Anrecht auf staatliche Anstellung geben wird. Nun wird aber die Mittelschule fast ausnahmslos besucht nicht wegen des Dranges nach allgemeiner Bildung, sondern um einen Rechtstitel auf ein öffentliches Amt zu erwerben, und nun ist dieser Weg für die Mehrzahl versperrt.

Die Zahl der Mittelschüler hat in den zwanzig Jahren von 1893 auf 1913 zugenommen von 74.383 auf 160.753, also um 116%, während, wie gesagt, die Bevölkerung nur um 16% gewachsen ist. Noch in höherem Maße hat die Zahl der Hochschüler zugenommen, entsprechend dem Drange nach höherer sozialer Stellung. Was sollen wir jetzt mit den jungen Leuten anfangen? Es wird ein harter Übergang werden, aber auch ein Abströmen von gebildeten Elementen aus der Kanzleilaufbahn in die produktiven Berufe. Das wird man den jungen Leuten und auch den Eltern, die einer besseren Einsicht schwerer zugänglich sind, rechtzeitig begreiflich machen müssen.

Es wird nichts übrig bleiben, als daß in der Schulpolitik der Regierung nicht eine Wendung, sondern eine vollständige Umkehr eintrete. Bisher wurden jedes Jahr Mittelschulen neu errichtet oder vom Staate übernommen oder durch Parallelklassen erweitert, und zwar sehr selten, weil ein tatsächliches Bedürfnis bestand, sondern weil lokale Wünsche einen Vertreter gefunden hatten.

Was Gautsch als Unterrichtsminister vergeblich versucht hat, wird jetzt in einem weit größeren Maßstabe wieder aufgenommen werden müssen,